

Atomaufsicht lässt AKW-Gegner auflaufen

Kernenergie Nuklearsicherheitsinspektorat will einen offenen Brief von Beznau-Kritikern nicht entgegennehmen

VON FABIAN HÄGLER

Iris Frei ist enttäuscht: Die Atomgegnerin aus Herznach will heute Donnerstag den Verantwortlichen des Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorats Ensi in Brugg einen offenen Brief übergeben. Darin fordern rund 2400 Personen aus der Schweiz und dem grenznahen Deutschland, dass das AKW Beznau definitiv vom Netz genommen wird. Doch die Türen der Atomaufsichtsbehörde dürften für Iris Frei und ihre Mitstreiter verschlossen bleiben. In einem Schreiben hält die Behörde fest, man stehe nicht zur Verfügung, um den Brief entgegenzunehmen.

«Sorgen wegen Beznau»

Frei will dies nicht akzeptieren und teilt mit, sie bestehe auf einer öffentlichen Übergabe. Wie dies passieren soll, sei noch nicht festgelegt, sagt sie auf Nachfrage der az. «Aber ich habe kein Verständnis, wenn eine Behörde die Unterschriften von über 2400 Menschen nicht entgegennehmen will, die sich Sorgen machen wegen Beznau.» Geplant ist die Übergabe heute Donnerstag um 16 Uhr, der Inhalt des offenen Briefes ist indes schon publik.

Darin heisst es unter anderem, das Alter des AKW und die damit zusammenhängenden Prozesse erforderten besondere Vorsicht. «Wir sind überzeugt, dass es unmöglich ist, alle relevanten Bauteile auf ihre Materialbe-



Atomgegner verlangen die Abschaltung des AKW Beznau – heute sind in Brugg zwei Aktionen geplant. MHU

ständigkeit zu prüfen, insbesondere im kontaminierten Bereich», halten die Atomgegner zudem fest.

«Das Ensi betreibt keine Politik, sondern setzt die Vorgaben des Gesetzgebers um und durch», entgegnet die Atomaufsichtsbehörde. Gestützt auf die über 500 Inspektionen durch eigene Fachleute sowie Nachweise und

Gesuche, die auch durch externe Experten beurteilt werden, könne die Behörde sagen, «dass alle Kernkraftwerke, die in der Schweiz in Betrieb sind, die gesetzlichen Sicherheitsanforderungen erfüllen». Zudem hält die Behörde fest, der abgeschaltete Reaktorblock I des AKW Beznau werde nur wieder angefahren, wenn die Betreiberfirma Axpo

nachweisen könne, dass die Sicherheit des Druckbehälters gewährleistet ist.

Auch der Axpo wollten Iris Frei und ihre Mitstreiter die Unterschriften übergeben – doch auch die AKW-Betreiberin lehnt dies ab. Man wolle nicht Hand bieten für eine «mediale Inszenierung aus reinen propagandistischen Zwecken», heisst es in einem Brief der

Axpo an Frei. Stattdessen lädt die Firma eine Delegation der Atomgegner ins AKW Beznau ein, «um dort den Dialog fortzusetzen». Die Axpo wünscht sich ein «offenes, direktes und sachbezogenes Gespräch ohne jede Instrumentalisierung», wie sie schreibt. Das Unternehmen nehme seine sicherheitstechnische und gesellschaftliche Verantwortung wahr, sei aber gegen eine politische oder ideologisch motivierte Laufzeitbeschränkung für das AKW Beznau.

1111. Mahnwache der Atomgegner

Nicht nur Iris Frei und einige Mitunterzeichner des offenen Briefes werden heute in Brugg präsent sein – auch eine andere Gruppe von Atomgegnern führt vor dem Ensi-Hauptsitz eine Aktion durch. «2029 Tage seit Fukushima – doch die noch älteren AKW Beznau sollen weiterlaufen, solange sie «sicher sind», heisst es im Flyer von Heini Glauser. Der erklärte Atomgegner ist Mitbegründer der Mahnwache, die seit dem Reaktorunfall in Japan im März 2011 viermal wöchentlich stattfindet. Heute treffen sich Glauser und seine Mitstreiter zur 1111. Durchführung. Sie kritisieren, für Beznau seien immer noch Studienergebnisse zur Hochwasser- und Erdbebensicherheit ausstehend, zudem sei die Anlage nicht gegen Flugzeugabstürze gesichert. «Aus diesen Gründen erachten wir die sofortige Ausserbetriebnahme des AKW Beznau als dringend notwendig», sagt Glauser.